

Monitor Gesellschaft und Behinderung 2016

Die wichtigsten Resultate

Barrierefreie Version mit Tabellen

Der Monitor Gesellschaft und Behinderung wurde von FORS im Auftrag von Pro Infirmis Schweiz durchgeführt. Er wurde vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen finanziell unterstützt.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung
von Menschen mit Behinderungen EBGB**

Warum ein Monitor zum Thema Behinderung?

Was denkt die Schweizer Bevölkerung über Menschen mit Behinderung? Wie stellt sie sich zu ihren wichtigsten Anliegen? Unterstützt sie die Gleichberechtigung, die Selbstbestimmung und den Ruf nach umfassender Inklusion und Zugänglichkeit zu Bauten, Verkehrsmitteln und Dienstleistungen? Zu solchen Fragen gab es bisher in der Schweiz kaum Informationen. Pro Infirmis hat deshalb den Monitor „Gesellschaft und Behinderung“ ins Leben gerufen. Damit werden alle fünf Jahre die Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderung und ihren Anliegen wissenschaftlich untersucht.

Die Erkenntnisse bilden eine wichtige Grundlage, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung abzubauen und ihre Gleichstellung und Inklusion zu verbessern. Aufgrund der Ergebnisse wird es künftig möglich sein, noch spezifischer auf die Informationslücken und Bedenken in der Bevölkerung einzugehen. Pro Infirmis wird ihre Strategie entsprechend ausrichten.

Resultate

Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung in der Öffentlichkeit

Grafik 1: Rücksichtnahme auf behinderte Menschen in der Schweiz¹



N: 3196

¹ Die Nummerierung der Grafiken bezieht sich auf den ausführlichen Schlussbericht zur Studie. Bestellung unter medien@proinfirmis.ch (nicht barrierefrei).

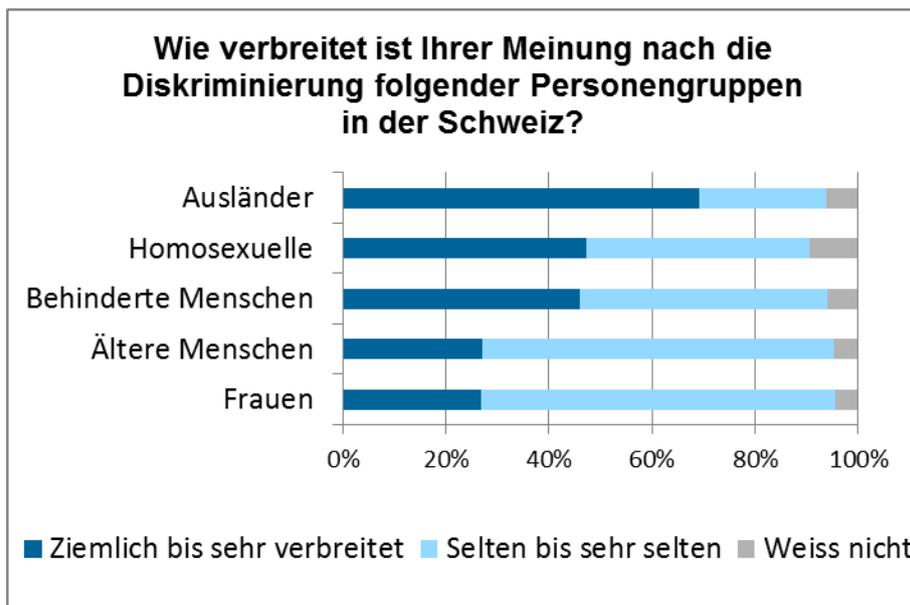
Tabelle 1: Rücksichtnahme auf behinderte Menschen in der Schweiz

Frage: Ihrer Meinung nach, wird in der Schweiz auf behinderte Menschen zu viel oder zu wenig Rücksicht genommen?

Rücksichtnahme	Anteil in %
Zu wenig bis eher zu wenig	55%
Situation ist ok, wie sie ist	34%
Zu viel bis eher zu viel	4%
Weiss nicht	7%

Die Bevölkerung sieht die Situation von Menschen mit Behinderung in der Schweiz eher kritisch. 55 % der Befragten denken, dass in der Schweiz zu wenig Rücksicht auf Menschen mit Behinderung genommen wird. Obwohl die Bundesverfassung Diskriminierung von Menschen mit Behinderung verbietet, findet fast die Hälfte der Befragten, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung sei ziemlich bis sehr verbreitet. Die stärkste Diskriminierung erfahren nach Einschätzung der Befragten Menschen mit einer geistigen oder psychischen Behinderung.

Grafik 2: Diskriminierung verschiedener Personengruppen



N: 3118-3144

Tabelle 2: Diskriminierung verschiedener Personengruppen

Frage: Wie verbreitet ist Ihrer Meinung nach die Diskriminierung folgender Personengruppen in der Schweiz?

Personengruppen	Ziemlich bis sehr verbreitet	Selten bis sehr selten	Weiss nicht
Ausländer	69%	25%	6%
Homosexuelle	47%	44%	9%
Behinderte Menschen	46%	48%	6%
Ältere Menschen	27%	68%	5%
Frauen	27%	69%	4%

Grafik 3: Diskriminierung von Personen mit unterschiedlicher Behinderung



N: 3142-3165

Tabelle 3: Diskriminierung von Personen mit unterschiedlicher Behinderung
Frage: Wie verbreitet in der Schweiz ist Ihrer Meinung nach die Diskriminierung von Personen mit folgender Behinderung? (0 = Sehr selten, 10 = Sehr verbreitet)

Behinderungsarten	Mittelwert auf einer Skala von 0 (sehr selten) bis 10 (sehr verbreitet)
Körperliche Behinderung	4.2
Geistige Behinderung	5.2
Psychische Behinderung	5.5
Seh- oder Hörbehinderung	3.9

Vorgeburtliche Untersuchungen

Menschen mit Behinderung und ihre Organisationen äussern immer wieder die Befürchtung, dass die Möglichkeiten zur pränatalen Untersuchung von Embryonen längerfristig negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Position von behinderten Menschen haben könnten. Für Pro Infirmis ist es zwingend, dass das Selbstbestimmungsrecht von werdenden Eltern erhalten bleibt, sich für oder gegen vorgeburtliche Untersuchungen zu entscheiden. Das Lebensrecht von Menschen mit Behinderung darf nicht relativiert werden und die Solidarität mit behinderten Menschen muss gewährleistet bleiben.

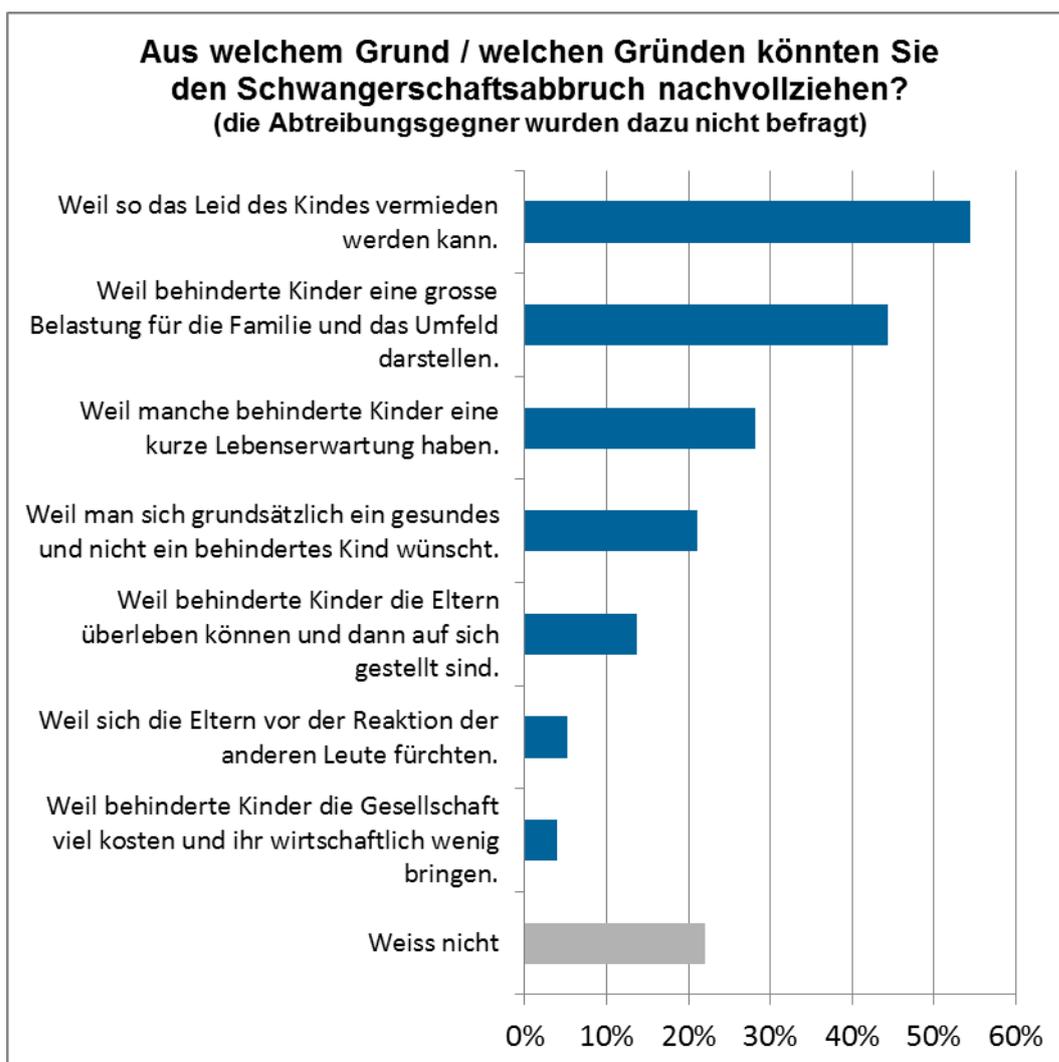
Die Befragung zeigt, dass ein Schwangerschaftsabbruch wegen einer voraussichtlichen Behinderung des Kindes weithin akzeptiert ist. Auf die Frage „Können Sie es nachvollziehen, wenn jemand abtreibt, weil das Kind voraussichtlich behindert ist?“ antworten 69 % mit Ja (ohne Grafik). Von den 17 %, die mit Nein

antworten, sind etwa zwei Drittel grundsätzlich gegen Abtreibung. Als wichtigste Gründe für das Verständnis werden angeführt, dass so das Leid des Kindes vermieden werden könne und dass behinderte Kinder eine grosse Belastung für die Familie und das Umfeld darstellten. Wirtschaftliche Gründe werden nur von einer kleinen Minderheit genannt.

Klar abgelehnt wird die Aussage, dass Versicherungen die Möglichkeit haben sollten, Leistungen zu verweigern, wenn die Eltern sich wissentlich für ein behindertes Kind entscheiden. 89 % der Befragten sind dagegen (75 % gar nicht einverstanden, 14 % eher nicht einverstanden, ohne Grafik).

Zurzeit deutet nichts darauf hin, dass ein grösserer Teil der Bevölkerung die Solidarität mit Eltern von behinderten Kindern in Frage stellt. Pro Infirmis wird diese Entwicklung jedoch weiter beobachten.

Grafik 23: Gründe für den Schwangerschaftsabbruch



N: 3232

Tabelle 23: Gründe für den Schwangerschaftsabbruch

Frage: Aus welchem Grund/welchen Gründen könnten Sie den Schwangerschaftsabbruch nachvollziehen? (Die Abtreibungsgegner wurden dazu nicht befragt.)

Gründe für den Schwangerschaftsabbruch (Mehrfachnennungen möglich)	Anteil der Nennungen in %
Weil so das Leid des Kindes vermieden werden kann.	54%
Weil behinderte Kinder eine grosse Belastung für die Familie und das Umfeld darstellen.	44%
Weil manche behinderte Kinder eine kurze Lebenserwartung haben.	28%
Weil man sich grundsätzlich ein gesundes und nicht ein behindertes Kind wünscht.	21%
Weil behinderte Kinder die Eltern überleben können und dann auf sich gestellt sind.	14%
Weil sich die Eltern vor der Reaktion der anderen Leute fürchten.	5%
Weil behinderte Kinder die Gesellschaft viel kosten und ihr wirtschaftlich wenig bringen.	4%
Weiss nicht	22%

Inklusive Schule

Für Pro Infirmis ist die inklusive, gemeinsame Schulung von Kindern mit und ohne Behinderungen ein wichtiges Ziel. Um es zu erreichen, muss sich die bestehende Schule verändern. Die Rahmenbedingungen müssen entsprechend angepasst und die personellen Ressourcen erhöht werden.

In der Studie zeigen sich bei diesem Thema kontroverse Ergebnisse: Während die Befragten mehrheitlich der Meinung sind, dass Kinder mit Behinderungen das soziale Verhalten der Klassenkameradinnen und -kameraden fördern, denken die meisten, dass Kinder mit einer geistigen Behinderung (z.B. Trisomie 21) oder Verhaltensauffälligkeit (z.B. ADHS) die Lehrpersonen zu stark beanspruchten und die Leistung der Klasse negativ beeinflussten. Über 70 % sind der Meinung, Kinder mit geistiger Behinderung würden in Sonderschulen am besten gefördert. Diese Ergebnisse zeigen, dass die Vorstellung einer „Schule für alle“ noch kaum in der Bevölkerung verankert ist.

Grafik 7: Negativer Effekt auf Leistungen der Klasse



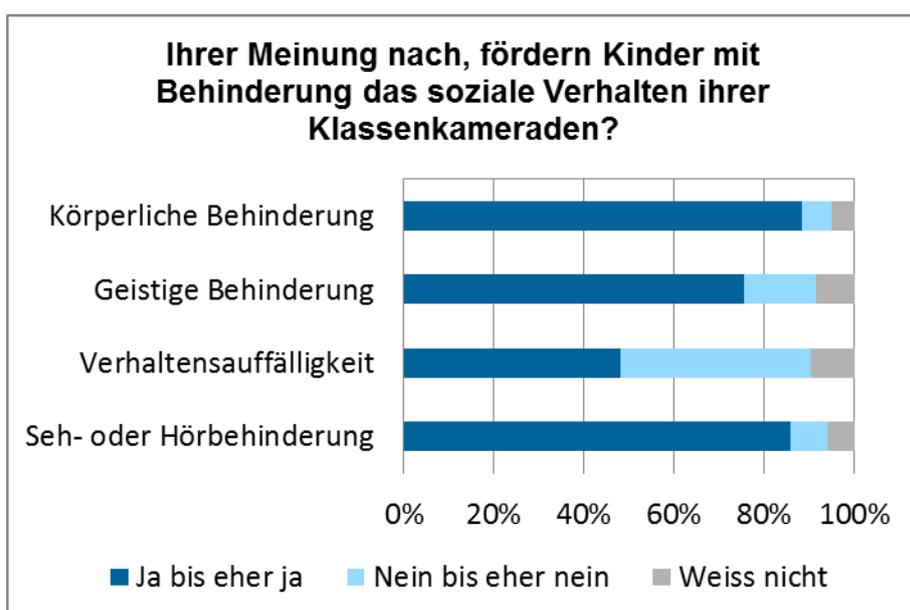
N: 3164-3187

Tabelle 7: Negativer Effekt auf Leistungen der Klasse

Frage: Was denken Sie, haben Kinder mit Behinderung einen negativen Effekt auf die Leistung der Klasse?

Behinderungsarten	Ja bis eher ja	Nein bis eher nein	Weiss nicht
Körperliche Behinderung	6%	92%	3%
Geistige Behinderung	41%	54%	6%
Verhaltensauffälligkeit	57%	39%	5%
Seh- oder Hörbehinderung	16%	79%	5%

Grafik 8: Förderung des sozialen Verhaltens der Klassenkameraden



N: 3164-3185

Tabelle 8: Förderung des sozialen Verhaltens der Klassenkameraden
Frage: Ihrer Meinung nach, fördern Kinder mit Behinderung das soziale Verhalten ihrer Klassenkameraden?

Behinderungsarten	Ja bis eher ja	Nein bis eher nein	Weiss nicht
Körperliche Behinderung	88%	7%	5%
Geistige Behinderung	76%	16%	9%
Verhaltensauffälligkeit	48%	42%	10%
Seh- oder Hörbehinderung	86%	8%	6%

Grafik 9: Beanspruchung der Lehrperson

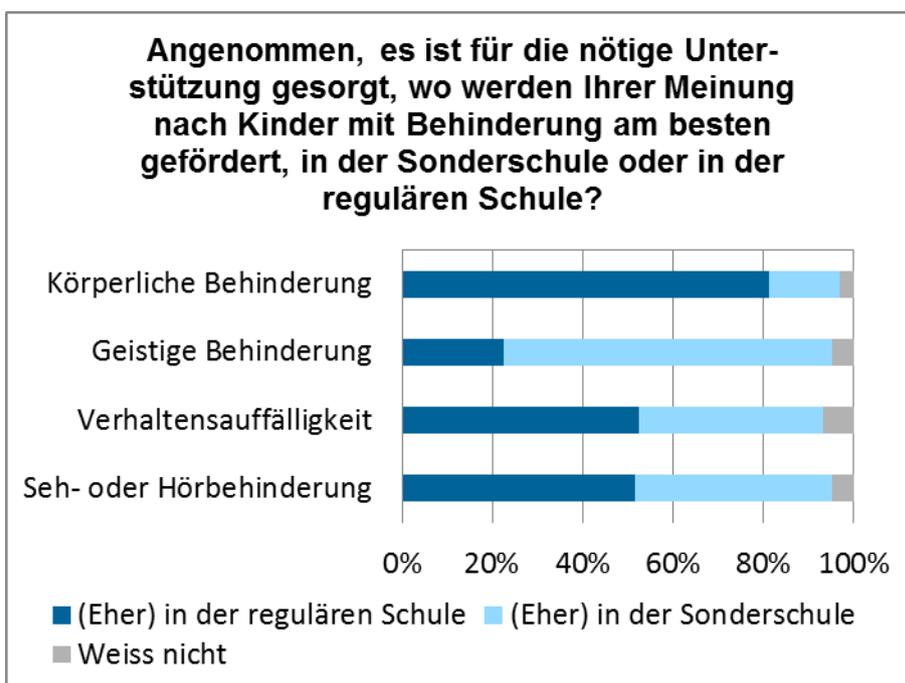


N: 3151-3172

Tabelle 9: Beanspruchung der Lehrperson
Frage: Und was denken Sie, beanspruchen Kinder mit Behinderung Lehrpersonen so stark, dass andere Kinder zu kurz kommen?

Behinderungsarten	Ja bis eher ja	Nein bis eher nein	Weiss nicht
Körperliche Behinderung	17%	78%	5%
Geistige Behinderung	63%	29%	7%
Verhaltensauffälligkeit	70%	23%	7%
Seh- oder Hörbehinderung	34%	59%	8%

Grafik 10: Sonderschule oder reguläre Schule



N: 3142-3159

Tabelle 10: Sonderschule oder reguläre Schule

Frage: Angenommen, es ist für die nötige Unterstützung gesorgt, wo werden Ihrer Meinung nach Kinder mit Behinderung am besten gefördert, in der Sonderschule oder in der regulären Schule?

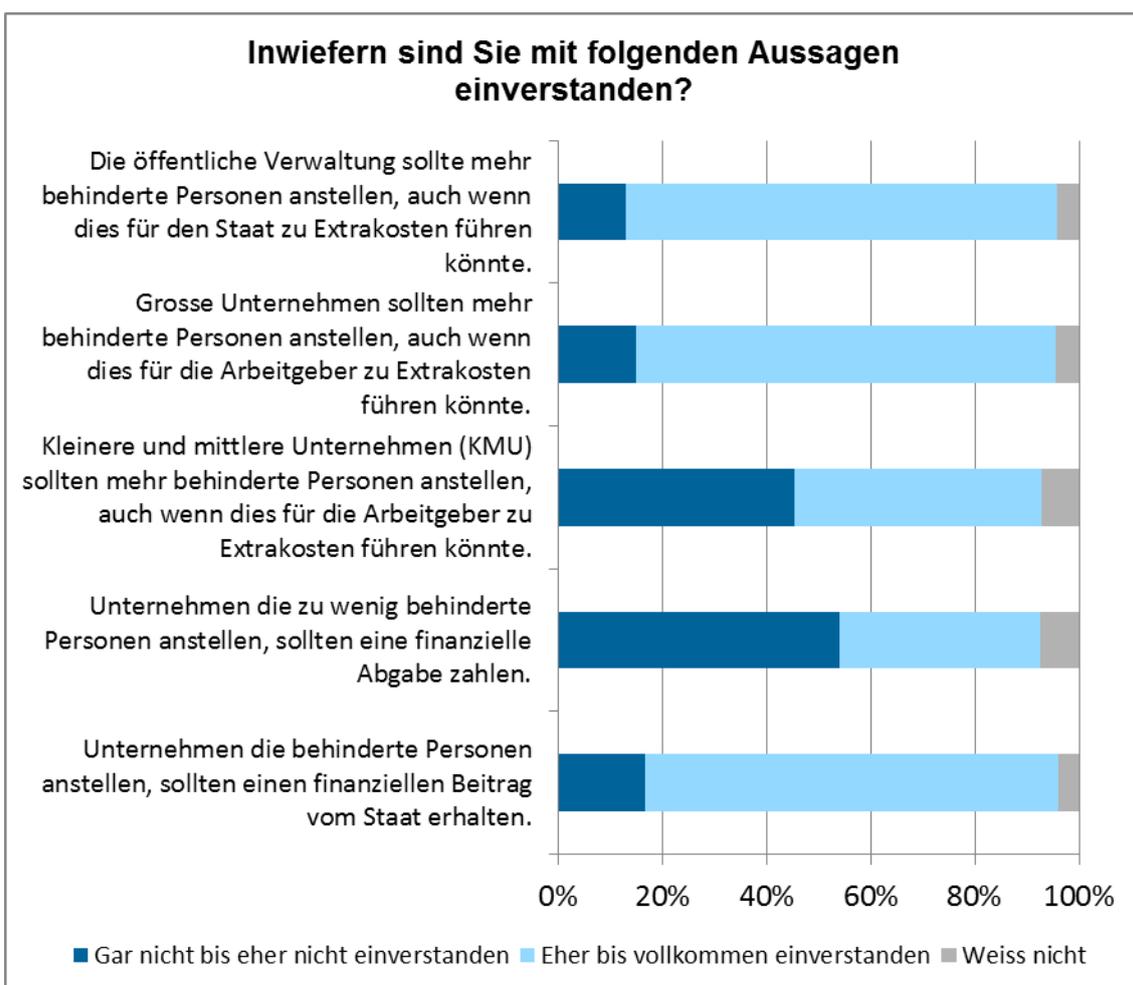
Behinderungsarten	(Eher) in der regulären Schule	(Eher) in der Sonderschule	Weiss nicht
Körperliche Behinderung	81%	16%	3%
Geistige Behinderung	23%	73%	5%
Verhaltensauffälligkeit	52%	41%	7%
Seh- oder Hörbehinderung	51%	44%	5%

Arbeit

In den letzten Jahren hat sich in Gesellschaft und Politik die Einsicht durchgesetzt, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt verbessert werden muss. Gemäss den Ergebnissen der Studie erwartet die Bevölkerung vor allem von der öffentlichen Verwaltung und von Grossunternehmen, dass sie vermehrt Menschen mit Behinderung anstellen. Ein Malus-System für Unternehmen, die keine Menschen mit Behinderung beschäftigen, lehnt eine Mehrheit ab. Die Befragten sähen lieber ein Bonus-System für Arbeitgeber, die Menschen mit einer Behinderung anstellen (Grafik 11).

Mit einer stärkeren Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Erwerbsleben werden mehr Berufstätige mit Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen mit Behinderung in Kontakt kommen. Personen, die Menschen mit Behinderung in ihrem Bekanntenkreis haben, zeigen hier weniger Berührungängste (Grafik 30). Diese positive Wirkung persönlicher Kontakte manifestiert sich in verschiedenen Fragen über die ganze Studie hinweg.

Grafik 11: Anstellung von behinderten Menschen



N: 3144-3154

Tabelle 11: Anstellung von behinderten Menschen
Frage: Inwiefern sind Sie mit folgenden Aussagen einverstanden?

Aussagen	Gar nicht bis eher nicht einverstanden	Eher bis vollkommen einverstanden	Weiss nicht
Die öffentliche Verwaltung sollte mehr behinderte Personen anstellen, auch wenn dies für den Staat zu Extrakosten führen könnte.	13%	83%	4%
Grosse Unternehmen sollten mehr behinderte Personen anstellen, auch wenn dies für die Arbeitgeber zu Extrakosten führen könnte.	15%	81%	4%
Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sollten mehr behinderte Personen anstellen, auch wenn dies für die Arbeitgeber zu Extrakosten führen könnte.	45%	48%	7%
Unternehmen die zu wenig behinderte Personen anstellen, sollten eine finanzielle Abgabe zahlen.	54%	39%	8%
Unternehmen die behinderte Personen anstellen, sollten einen finanziellen Beitrag vom Staat erhalten.	17%	79%	4%

Grafik 30: Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung



N: 392-2476

Tabelle 30: Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung

Frage: Angenommen, Sie sind berufstätig und Ihr Arbeitskollege, mit dem Sie täglich zu tun haben, hat eine Behinderung. Wie würden Sie sich fühlen?

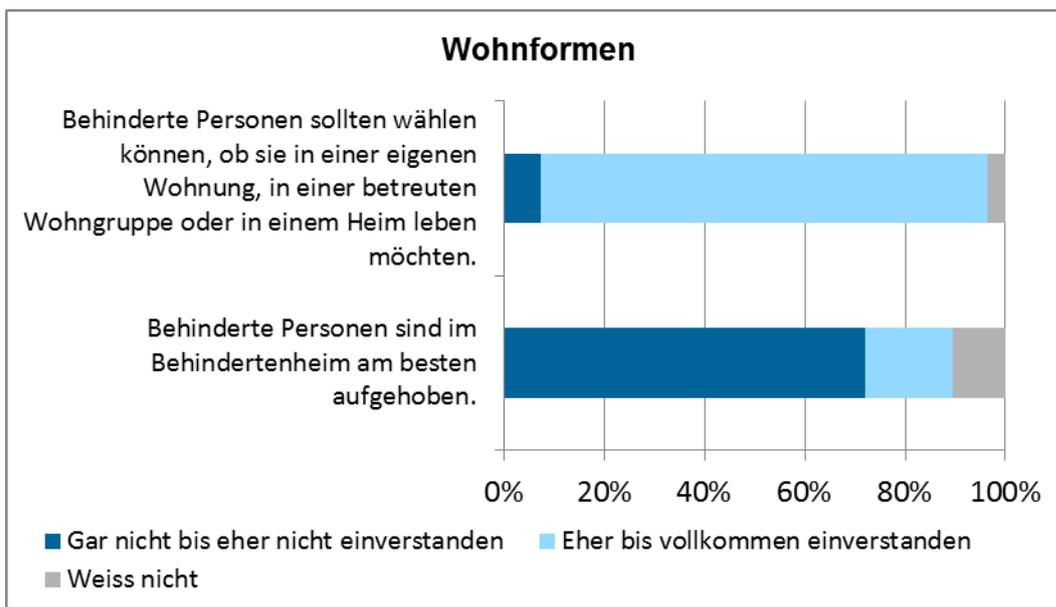
Behinderungsarten	Personen mit/ohne Kontakt zu behinderten Menschen	Anteil der Personen, die sich gar nicht bis eher nicht wohl fühlen würden
Körperliche Behinderung	Ohne Kontakt zu behinderten Menschen	8%
	Kontakt zu behinderten Menschen	4%
	Arbeitskollege ist behindert*	2%
Geistige Behinderung	Ohne Kontakt zu behinderten Menschen	38%
	Kontakt zu behinderten Menschen	26%
	Arbeitskollege ist behindert*	22%
Psychische Behinderung	Ohne Kontakt zu behinderten Menschen	40%
	Kontakt zu behinderten Menschen	31%
	Arbeitskollege ist behindert*	26%
Seh- oder Hörbehinderung	Ohne Kontakt zu behinderten Menschen	7%
	Kontakt zu behinderten Menschen	6%
	Arbeitskollege ist behindert*	3%

* Niedrige Anzahl von Beobachtungen

Selbstbestimmung

Vor allem Personen mit schweren Behinderungen sind heute oft gezwungen in einer Institution zu leben, da sie ihre Betreuung in einer eigenen Wohnung nicht finanzieren können. Ihr Recht auf Selbstbestimmung ist damit eingeschränkt. Die Studie zeigt, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich einverstanden ist, dass Menschen mit Behinderung ihre Wohnform selber wählen. Umgekehrt lehnt eine Mehrheit die Aussage ab, dass Menschen mit Behinderung am besten im Behindertenheim aufgehoben seien.

Grafik 17: Selbstbestimmung bezüglich Wohnform



N: 3127-3151

Tabelle 17: Selbstbestimmung bezüglich Wohnform

Frage: Und was meinen Sie zu diesen Aussagen?

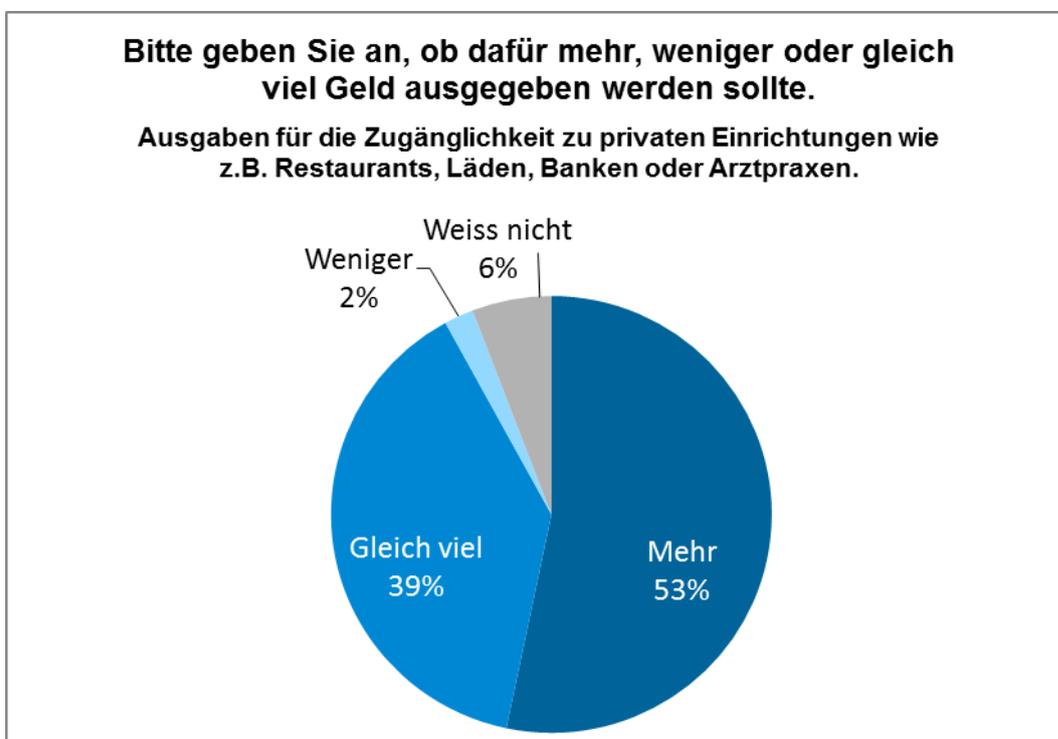
Aussagen	Gar nicht bis eher nicht einverstanden	Eher bis vollkommen einverstanden	Weiss nicht
Behinderte Personen sollten wählen können, ob sie in einer eigenen Wohnung, in einer betreuten Wohngruppe oder in einem Heim leben möchten.	7%	89%	4%
Behinderte Personen sind im Behindertenheim am besten aufgehoben.	72%	17%	11%

Auch bei der Wahl einer Ausbildung oder Arbeitsstelle und bei der Familiengründung wird die Selbstbestimmung von einer grossen Mehrheit anerkannt (ohne Grafik). Das gilt aber nur für Menschen mit einer körperlichen Einschränkung und einer Seh- oder Hörbehinderung. Bei Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung sind weit mehr Bedenken vorhanden. Darin spiegelt sich eine Tendenz, die sich durch alle Ergebnisse hindurchzieht. Die Berührungsängste gegenüber Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung sind grösser. So fühlen sich die Befragten im Kontakt mit Personen mit diesen Behinderungsarten auch weniger wohl und halten sich für schlechter informiert.

Zugänglichkeit

Gut die Hälfte der Befragten möchte mehr Geld für den barrierefreien Zugang zu verschiedenen Einrichtungen ausgeben. Im Unterschied zum Gesetzgeber unterscheiden die Befragten dabei kaum zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen. Während 55 % finden, dass man mehr für den Zugang zum öffentlichen Verkehr ausgeben sollte, möchten bei öffentlichen Einrichtungen wie Ämtern, Behörden und Schulen 56 % (ohne Grafik) und bei privaten Einrichtungen wie Restaurants, Läden, Banken und Arztpraxen 53 % mehr ausgeben. Jeweils etwa 40 % wollen die Ausgaben in diesen Bereichen konstant halten.

Grafik 5: Ausgaben für die Zugänglichkeit zu privaten Einrichtungen



N: 3182-3185

Tabelle 5: Ausgaben für die Zugänglichkeit zu privaten Einrichtungen
Frage: Bitte geben Sie an, ob dafür mehr, weniger oder gleich viel Geld ausgegeben werden sollte.

Ausgaben für die Zugänglichkeit zu ...	Mehr	Gleich viel	Weniger	Weiss nicht
... privaten Einrichtungen wie z.B. Restaurants, Läden, Banken oder Arztpraxen.	53%	39%	2%	6%

Grafik 6: Finanzierung verbesserter Zugänglichkeiten privater Einrichtungen



N: 72-1091

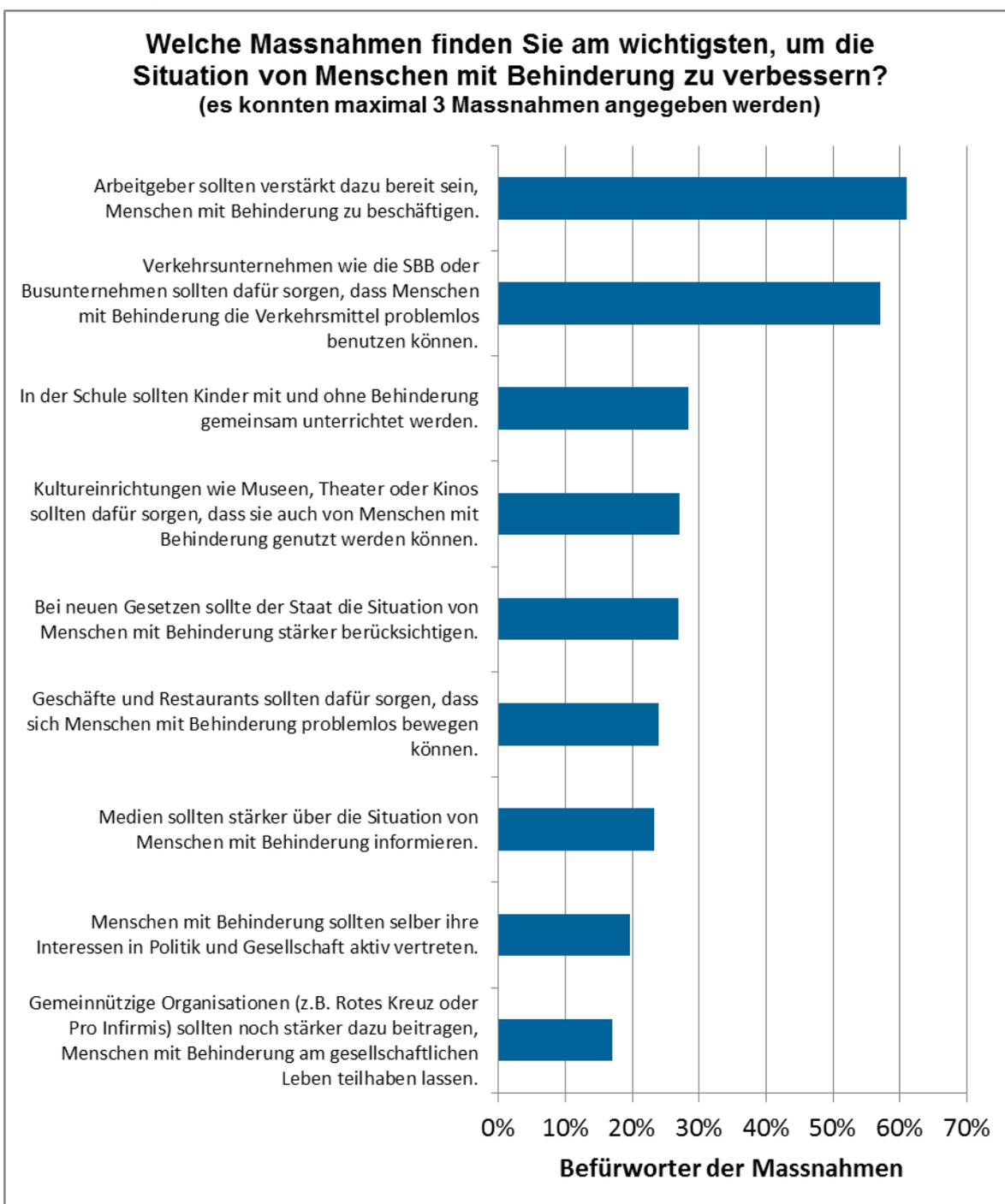
Tabelle 6: Finanzierung verbesserter Zugänglichkeiten privater Einrichtungen
Frage: Und wie soll die verbesserte Zugänglichkeit zu privaten Einrichtungen wie z.B. Restaurants, Läden, Banken oder Arztpraxen finanziert werden?
(Nur Befragte, die mehr für die Zugänglichkeit von privaten Einrichtungen ausgeben möchten).

Finanzierung der Zugänglichkeit (Mehrfachnennungen möglich)	Ja	Nein
Die Anbieter/Besitzer der Einrichtungen sollen es finanzieren	57%	43%
Mit Spendengeldern gemeinnütziger Organisationen (z.B. Pro Infirmis)	57%	43%
Mit Geldern aus Sozialversicherungen (z.B. Invalidenversicherung)	56%	44%
Mit Steuergeldern	53%	47%
Die Nutzer, d.h. Menschen mit Behinderung die davon profitieren, sollen es finanzieren	3%	97%

Wer mehr für die Zugänglichkeit von privaten Einrichtungen ausgeben möchte, nennt in der Regel mehrere Finanzierungsquellen (Grafik 6). Auffallend ist, dass kaum jemand die behinderten Nutzerinnen und Nutzer zur Finanzierung heranziehen möchte.

Wichtigste Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung

Grafik 34: Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung



N: 3232

Tabelle 34: Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung

Frage: Welche Massnahmen finden Sie am wichtigsten, um die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern?

Massnahmen (Es konnten maximal 3 Massnahmen angegeben werden)	Anteil der Befürworter in %
Arbeitgeber sollten verstärkt dazu bereit sein, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen.	61%
Verkehrsunternehmen wie die SBB oder Busunternehmen sollten dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung die Verkehrsmittel problemlos benutzen können.	57%
In der Schule sollten Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden.	28%
Kultureinrichtungen wie Museen, Theater oder Kinos sollten dafür sorgen, dass sie auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden können.	27%
Bei neuen Gesetzen sollte der Staat die Situation von Menschen mit Behinderung stärker berücksichtigen.	27%
Geschäfte und Restaurants sollten dafür sorgen, dass sich Menschen mit Behinderung problemlos bewegen können.	24%
Medien sollten stärker über die Situation von Menschen mit Behinderung informieren.	23%
Menschen mit Behinderung sollten selber ihre Interessen in Politik und Gesellschaft aktiv vertreten.	20%
Gemeinnützige Organisationen (z.B. Rotes Kreuz oder Pro Infirmis) sollten noch stärker dazu beitragen, Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen.	17%

Abschliessend wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Massnahmen sie am wichtigsten fänden, um die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern (Grafik 34). Mit Abstand am häufigsten genannt wurden die verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und die problemlose Benützung öffentlicher Verkehrsmittel. Alle anderen Massnahmen wurden von weniger als einem Drittel der Befragten erwähnt.

Kommentar von Pro Infirmis zu den Ergebnissen

Der erste Monitor „Gesellschaft und Behinderung“ zeigt, dass die Bevölkerung die Situation von Menschen mit Behinderung in der Schweiz in vielen Bereichen als unbefriedigend einschätzt und Verbesserungen befürwortet. Die Resultate bringen aber auch Vorbehalte gegenüber wichtigen Anliegen von Menschen mit Behinderung zu Tage. So äussern viele Befragte Bedenken zur inklusiven Schulung von Kindern mit einer geistigen Behinderung oder Verhaltensauffälligkeit und auch die Selbstbestimmung von Personen mit einer psychischen oder geistigen Beeinträchtigung wird bei weitem nicht von allen gutgeheissen. Um solche Vorbehalte zu überwinden, gilt es sie ernst zu nehmen und in der künftigen Strategie von Pro Infirmis zu berücksichtigen.

Forschungsmethode

Der erste Monitor „Gesellschaft und Behinderung“ wurde bei einer repräsentativen Zufallsstichprobe der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren durchgeführt. Die Befragung erfolgte vom 21. Januar bis 8. April 2016 in allen drei Sprachregionen schriftlich (online oder Papier). Befragt wurden 3232 Personen. Der statistische Fehlerbereich beträgt $\pm 1.72\%$, Differenzen von weniger als 2% sind deshalb als zufällig zu betrachten.

Auftraggeber und Durchführung

Der Monitor wurde im Auftrag von Pro Infirmis durchgeführt von FORS, dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften in Lausanne. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) hat die Erhebung finanziell unterstützt. Der Monitor wird alle fünf Jahre wiederholt.

Weitere Informationen

Fragen zur Studie:

lic. phil. Barbara Müller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Telefon 058 755 26 26, barbara.mueller@proinfirmis.ch

Bestellung des ausführlichen Schlussberichts (in Deutsch oder Französisch, nicht barrierefrei) unter medien@proinfirmis.ch.